

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft;



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich außer an Feiertagen um 5 Uhr für den 1/2 Pf. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich 10 Pf. Die Wilsdruffer Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend werden nach Möglichkeit kostenfrei abgegeben und werden an jeder Zeit bezogen. In jedem Heft befindet sich ein Kalendarium über die Ereignisse der Woche. — Nachzahlung einzelner Heftpreise erfolgt nur, wenn Porto befreit.

Verlagspreis: Die 4-spaltige Kennziffer 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklameweile im regelmäßigen Teil 100 Goldpfennig. — Nachzahlungsgeld 20 Goldpfennig. — Druck- und Verlagskosten sind nicht abgerechnet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Die Redaktion des Wilsdruffer Tageblattes ist in Wilsdruff, Postfach 2640. — Jeder Abbestellung ist ein Kupon beizufügen, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Verleger in Konkurs gerät. — Abbestellungen sind nur an den Verleger zu richten.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meissen.

Nr. 60 — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: Amtsbblatt* Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, 11. März 1924

Briands Wiedertehr.

Mit verschiedenen Leuten hat der Präsident der Französischen Republik, Doumergue, verhandelt, um für den gestürzten Ministerpräsidenten Briand einen Nachfolger zu finden; doch das blieb ohne Erfolg. Briand hielt sich etwas im Hintergrund, weil die Verhältnisse ihm doch schließlich wieder nach vorn schieben mußten. Daß er zum mindesten in einem neuen Kabinett Außenminister werden würde, war ganz selbstverständlich; hatte sich doch auch das Mißtrauensvotum der Kammer nur gegen gewisse Steuerpläne des Kabinetts gerichtet. Nun ist aber nichts anderes übriggeblieben, als Briand selbst mit der Neubildung einer Regierung zu beauftragen, die nun als „Neubildung“ kaum bezeichnen kann. Entprechend der Tendenz des Mißtrauensvotums sind fast alle anderen Minister geblieben und nur das Finanzministerium durch Poincaré neu besetzt worden. Das Spiel der Parteien um die Finanzreform kann also ruhig weitergehen, und ob es Briand gelingen wird, sein Regierungsschiff durch diese zahlreichen Klippen hindurchzuführen, vermag selbst ein so geschickter Seemann, wie es der alte Politiker Briand ist, nicht zu sagen.

Besonders vom Briand sein Ministerium befehlen und er wird von der Kammer, wenn er es ihr vorlegt, sicherlich zunächst eine gewisse Probezeit erhalten. Aber das ist in der augenblicklichen politischen Situation nicht das Wesentliche. Den letzten Hintergrund für die Berufung Briands bildete in Wirklichkeit die Genfer Konferenz. Irrend wie nicht dort seine Stellung erklärt werden, er konnte unmöglich als einfacher französischer Botschafter dort versuchen, den verfahrenen Karren wieder auf das richtige Gleis zu bringen. Ohne daher von der Kammer ein ausdrückliches Vertrauensvotum einzuholen, will er sich umgehend wieder nach Genf begeben; das Urteil der Kammer wird er erst in der nächsten Woche einholen. Dies Urteil wird dann natürlich letzten Endes weniger dadurch beeinflusst werden, wie sich die Kammer zu der französischen Steuer- und Finanzreform stellt, als dadurch, wie der Ausgang der Sache in Genf werden wird.

Zweifellos handelt es sich in Genf auch um Machtfragen. Wenn Briand seine Position stärken könnte, spräche dieses gerade nicht für Erleichterung der Situation für Deutschland. Werden Briand-Chamberlain Nachahmung herbeiführen bei den widerstreitenden Bestrebungen? Schließlich muß doch diese Forderung und Verjüngungspolitik einmal ein Ende finden; das das nicht auf Kosten Deutschlands geschehen kann, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Die besonders hartnäckigen Mächte, an deren Forderung nach einem Nativ fast schon alles gescheitert wäre, haben sich jetzt schon etwas beruhigt, nämlich Polen und Brasilien. Wenn Spanien aber nach wie vor auf einem ständigen Nativ besteht, so ist hier die Lösung des Knotens leichter, weil Spanien ja bis zum Spätherbst im Besitz eines nicht-kandidierenden Kandidaten ist. Es wäre dem neuerfindenden französischen Ministerpräsidenten also leicht, die Lösung dadurch zu finden, daß er Spanien veranlasse, seine Forderung bis zum Spätherbst zurückzustellen, ohne daß er die deutsche Zustimmung zur Verleihung eines kandidierenden Kandidaten an Spanien erst noch zu verlangen braucht. Denn daß wir damit im Spätherbst einverstanden sein werden, ist ziemlich zweifellos, schon deswegen, um Spanien zu beweisen, daß wir seiner Forderung nicht aus irgendeiner persönlichen, sondern aus grundsätzlichen Gründen entgegenzutreten müssen.

Chamberlain hat sich in Genf bisher ziemlich zurückgehalten, hat die Leitung Herrn Briand überlassen. Und in dessen Hand wird es gelegt sein, ob er dem schon recht unwürdig gewordenen Spiel endlich ein Ende bereitet.

Das Programm der Innenpolitik.

Dr. Külz vor dem Reichstag.

(175. Sitzung.) CB. Verlin, 10. März.
Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Abg. Hädel (Kom.) auf die bevorstehenden Londoner Verhandlungen über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens hin. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns habe, so meinte der Redner, offenbar die Absicht, in London auf weitere Verschlechterungen des Abkommens hinzuwirken. Die kommunistische Fraktion verlange die sofortige Beratung eines Antrages, der den Reichsarbeitsminister beauftragt, für die ungeschränkte Durchführung des Achtstundentages einzutreten. Da aus dem Hause widersprochen wurde, konnte der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dann begann der Redner die zweite Lesung des Haushalts des Reichsinnenministeriums. Über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses berichtete der Abg. Dr. Schreiber (Nrv.). Er wies darauf hin, daß der Etat des Reichsinnenministeriums die geringsten Ausgaben von allen Ressorts aufweise.

Der Reichsinnenminister

führte nach einigen einleitenden Worten, worin er auch den liberalen Charakter des Reiches betonte, aus, vor jeder Prüfung einer großen politischen Frage solle man sich immer fragen, ob man ein Deutscher und noch einmal Deutscher und immer noch einmal Deutscher, und dann bin ich Arbeiter oder Beamter oder Bauer. Deshalb seinen Parteilosismus der Nation, der Berufe, der Parteien, sondern Einheitsgefühl für das deutsche Volk. Es gibt im politischen Leben, so meinte der Minister, noch Strömungen und sie wirken sich bis in die Parteibildung des Reichstages hinein aus. Sie wollen den Begriff dessen, was deutsch ist, vom Standpunkt des Stammbaums und der Rassenforschung aus erfassen. Deutsch ist aber jeder, dem das Erleben des deutschen Volkes eigenes Erleben ist und der sich als mitverantwortlichen Träger am Schicksal des deutschen Volkes fühlt. Mit diesem deutschen Volksgedanken wollen wir den deutschen Staat erfüllen. Das wird ein stärkeres Fundament für unser deutsches Reich geben als alle geschriebenen Gesetze. (Beifall.) Deshalb erscheint mir wichtiger und dringender, diese innere Selbstverfassung des einzelnen und des Volkes zu revidieren als die Verfassung von Weimar. Man sagt, die konstitutionelle Verfassungsform der Republik hätte vielfach verlagert. Insbesondere der Parlamentarismus. Man vergißt dabei, daß schon die Monarchie sich zur parlamentarischen Staatsform bekannte. Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus und nicht von den Parteien. Deshalb muß jede Partei zu jeder Zeit sich nicht nur der Verantwortung vor ihren eigenen Angehörigen, sondern auch vor dem Volke bewußt bleiben. Die notwendige enge Fühlung zwischen Abgeordneten und Wählerschaft

ist bei der gegenwärtigen Wahlenwahl und bei der Größe der jetzigen Wahlkreise nicht genügend gewährleistet. Die Regierung wird bestrebt sein, dem Reichstage brauchbare gesetzgeberische Vorschläge zur Abstellung offensichtlicher Mängel zu machen zu lassen. Der Minister glaubt, das deutsche Volk habe das Gefühl, daß der Bedarf an Regierungskrisen im allgemeinen gedeckt ist. Der Festlegung der Staatsordnung muß auch die Tätigkeit der deutschen Beamten und Arbeiter dienen. Ohne ein klares Bekenntnis der Beamten zu diesem Staat und ohne ein Bekenntnis des Staates zur Beamtenschaft sei das notwendige gegenseitige treue Verhältnis nicht zu erreichen. Die erforderlichen Gesetzentwürfe, welche die persönlichen, dienstlichen und materiellen Verhältnisse der Beamtenschaft auf eine gesicherte moderne Rechtsgrundlage stellen sollen, seien dem Reichstage entweder bereits zugewandt oder würden ihm demnächst zugewandt. Zusammenfassung und dadurch Vereinfachung des gesamten öffentlichen Verwaltungsbetriebes müsse an allen beteiligten Stellen empfunden und erfüllt werden. Die eine große Aufgabe seines Ressorts sei die, Zentrale für die innerstaatliche Entwicklung des Staates zu sein, um dem Ziele der Bekämpfung des Staatsschulden. Die

andere große, nicht minder wichtige Aufgabe sei die, Zentrale für die Kulturpolitik des Deutschen Reichs zu sein. Dem Kulturminister des Deutschen Reiches erwähle ich durch ganz bestimmte Aufgaben auf dem Gebiete der Förderung der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit des deutschen Volkes, auf dem der Erziehungswezens, auf dem der Kunstpflege, auf dem der Wissenschaftspflege und Forschung und auf dem der Pflege der kulturellen Beziehungen zum Auslande.

Besonderen Wert lege dabei, so fuhr der Minister fort, das Reichsgesundheitsamt auf Verbreiterung und Vertiefung der hygienischen Volksbelehrung. Die für den April dieses Jahres vorgesehene Reichsgesundheitswoche werde die Bevölkerung auf die Wichtigkeit der Gesundheitspflege hinweisen und der Wunsch sein zu einer planmäßig fortgesetzten gesundheitlichen Volksbelehrung. Besondere Mittel würden zur Einschränkung des Alkoholkonsums aufgewendet werden. Schärferer Kampf müsse den Stätten gelten, an denen der Alkoholkonsum gefördert werde. Einen Angriff gegen alle Gassen, die Bier oder Wein in Deutschland verschänken, eröffnen zu wollen, dazu läge kein Grund vor. Der Typ des deutschen Schaumweins sei so, daß man ihm den Charakter eines ehrbaren Gewerbes nicht zuerkennen müsse. Die Konzeptionen für den Ausschank geistiger Getränke müssen auf das äußerste beschränkt werden. Mißbräuchlicher Benutzung bestehender Konzessionen müsse rücksichtslos entgegengetreten werden. In der Richtung der Förderung der Erziehung der Jugend liege die Pflicht der Lehrerbildung, für die die Staatsmittel erhöht werden seien. Dort, wo jugendliche Gefahr laufe, Gefährdungen und Versuchungen zu erliegen, müsse rechtzeitig die Jugendwohlfahrtspflege befristet werden. Im

Deutschen Schulwesen

maße sich ein ebenso starker wie noch ungeklärter Drang nach Reformen geltend. Es kommt aber nicht in erster Linie auf die Schulart, sondern auf die Menschheit an, die man herausbilden muß. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen an der Schule kann in Deutschland mit seinen konfessionellen und weltanschauungsmäßigen Verschiedenheiten nur unter weitgehender kultureller und politischer Toleranz gefunden werden. Die Lösung zu finden ist die ungeheure schwierige Aufgabe des Reichsschulrates.

Nicht zu vergessen sei, sagte der Minister weiter, daß für die werdenden Menschen von ausschlaggebender Bedeutung das sei was er vom Hause und von der Familie an Erziehung und Bildung mitbekommt. Hier habe vor allem die deutsche Frau eine große Mission zu erfüllen. Im Interesse der Pflege der eigenen Kultur liege die Pflicht der

Kulturellen Beziehungen zum Auslande.

Es sei zu hoffen, daß die Aufnahme in den Völkerbund die geistige Zusammenarbeit in der dazu vorgesehenen Abteilung des Völkerbundes wesentlich fördern werde. Hoffentlich werde die Aufnahme in den Völkerbund auch das kulturelle Schicksal der deutschen Minderheiten erleichtern. Die kulturelle Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten, sei ein besonders vornehmtes Gebot. Deswegen liege auch dem Deutschen Reich jede kulturelle Unterdrückung der in seinem Staatsgebiet lebenden Minderheiten als eines Kulturverstoßes unwidrig vollkommen fern. Aber das Reich und die deutschen Minderheiten würden es sich nicht nehmen lassen, sich als eine große und verbundene deutsche Kulturgemeinschaft zu fühlen. Große und weitreichende Aufgaben innerstaatlicher und internationaler Art seien es, die dem Reichsinnenministerium anvertraut seien, und gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiet sei für Volk und Vaterland notwendig. (Lebhafte Beifall.)

Stellungnahme der Parteien.

Abg. Sellmann (Soz.) sah in der Ministerrede den Sieg des sozialdemokratischen und des Kulturgedankens, der den Anteil des einzelnen an der nationalen Kultur möglichst erhöhen solle, meinte aber, daß im Etat die Mittel für Kultur (Fortsetzung auf nächster Seite.)

Empfehlung der Aufnahme Deutschlands

Eignung der Locarnomächte in Genf.

Ausschuß für Neuorganisation des Völkerbundes.
Die Verhandlungen in Genf nehmen nur langsam ihren Fortgang. Am Mittwoch vormittag traten lediglich die Vertreter der Signatarmächte des Locarnopakt zu einer Sitzung zusammen. Weniggleich über diese Beratungen kein offizielles Kommuniqué ausgegeben wurde, so wollen doch gut unterrichtete Kreise wissen, daß im Verlauf der Aussprache von der Gegenseite zum ersten Male anerkannt worden ist, daß Deutschland von seinem Standpunkt in der Ratfrage nicht abgehen könne. Nach einer Meldung der Schweizer Depeschengenerierung will man einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten dadurch finden, daß auf breiter Grundlage ein Sachverständigenkomitee gebildet wird, dem die Aufgabe obliegt, bis zur nächsten Völkerbunderversammlung im September eine Um- und Neuorganisation des Völkerbundes vorzubereiten. Am Mittwoch nachmittag traten Mitglieder des Völkerbundes zu einer Besprechung zusammen. Die Türkei hat ihre ursprüngliche Absicht, sich an den Beratungen des Völkerbundes diesmal nicht zu beteiligen, aufgegeben. Sie hat vielmehr den früheren tür-

ischen Außenminister Schürtsch entandt, der an den Beratungen des Völkerbundes über die griechisch-türkischen Grenzstreitigkeiten teilnehmen soll.

Empfehlung der Aufnahme Deutschlands.

Genf. Der Unterausschuß der Aufnahmekommission hat am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz Chamberlains ohne besondere Diskussion beschlossen, der Aufnahmekommission die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu empfehlen. Die Aufnahmekommission wird Donnerstag zu einer Sitzung zusammen treten, um den von dem Unterausschuß vorgelegten Bericht zugunsten der Aufnahme Deutschlands zu genehmigen und sofort an die Völkerbunderversammlung weiter zu leiten.

Leichte Erkrankung Stresemanns.

Genf. Dr. Stresemann hat sich hier eine leichte Grippe zugezogen und leidet außerdem an einem Magenleiden. Er war deshalb gezwungen, einen Arzt kommen zu lassen. Doch scheint sich sein Zustand etwas gebessert zu haben, da er an der Besprechung der Locarnomächte teilnahm. Sein Aussehen ist jedoch noch immer leidend.

Neosa. Bei einer Epidemie am Obhang des Brüggerjornes wurde der deutsche Tourist Graf Georg von Werthern von einer Lawine getötet.